

1669/AB XXI.GP  
Eingelangt am: 13-02-2001

BUNDESMINISTER FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

Die Abgeordneten zum Nationalrat Gäßl, Genossinnen und Genossen haben am 17. Jänner 2001 unter der Nr. 17191J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Sicherheits - und Verteidigungsdoktrin“ gerichtet. Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1:

Mit dem am 23. Jänner 2001 durch die Bundesregierung zur Kenntnis genommenen Analyse-Teil einer neuen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin (Expertenentwurf) hat die Bundesregierung eine zeitgemäße Neuorientierung der österreichischen Sicherheitspolitik eingeleitet. In der in fünf Kapitel gegliederten Analyse wird der grundlegende sicherheitspolitische Wandel (Paradigmenwechsel) in Europa seit 1989/1990 untersucht und die sicherheitspolitische Entwicklung und Lage Österreichs dargestellt. Der Analyseteil der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin bezieht sich nicht auf einzelne Bedrohungsbilder, sondern bietet ein umfassendes, präventives Gestaltungskonzept zur Wahrung der österreichischen Sicherheitsinteressen im neuen Europa. Im Sinne eines „strategischen Leitlinienkonzeptes“ soll ein gesamtstaatlicher, ressortübergreifender Planungsprozess für alle relevanten Politikbereiche eingeleitet werden. Im einzelnen verweise ich auf den dem Nationalrat mittlerweile vorliegenden Bericht der Bundesregierung (III - 87 d.B.).

Zu 2:

Da die Frage einer allfälligen Umstellung des Bundesheeres auf ein Freiwilligensystem wesentlich von der Konzeption der künftigen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin abhängt, werden die Arbeiten der zu diesem Thema eingesetzten Expertenkommission nach Abschluss des nunmehr mit der Veröffentlichung des Analyse - Teiles eingeleiteten Beratungsprozesses fortgesetzt. Eine Aussage im Sinne der Fragestellung ist daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich.

Zu 3 und 4:

Der vorerwähnte Analyseteil der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin wurde unmittelbar nach der Kenntnisnahme im Ministerrat dem Nationalrat zur Beratung zugeleitet und auch der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Bundesregierung ist es ein besonderes Anliegen, auf der Grundlage dieser Analyse eine vertiefte Debatte zu allen relevanten Fragen der künftigen österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin zu führen. In diesem Sinne ist neben den parlamentarischen Beratungen die Befassung des Landesverteidigungsrates und des Außenpolitischen Rates geplant und werden insbesondere auch die Bildungsinstitute der politischen Parteien eingeladen, sich mit der neuen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin in geeigneter Weise auseinander zu setzen. Um auch der interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit einer Teilnahme an diesem Diskussionsprozess einzuräumen, wurde der vollständige Text via Internet allgemein zugänglich gemacht (<http://www.bmlv.gv.at>). Damit wird erstmals die Möglichkeit eröffnet, in dieser staatspolitisch essentiellen Angelegenheit Meinungen und Kommentare auf breiter Ebene einzuholen.